

Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.

Sitzung vom 29. Juni 2009

Korrigierte und vom Gemeinderat genehmigte Fassung.

**24. Sitzung vom Montag, 29. Juni 2009, 19.00 bis 22.10 Uhr, im reformierten
Kirchgemeindehaus**

Anwesend: Gemeinderat
27 Mitglieder

Stadtrat

Walter Baur

Walter Bosshard, Stadtpräsident

Mark Eberli

Hanni Guyer

Jürg Hintermeister

Hanspeter Lienhart

Max Nievergelt

Christian Mühlethaler, Stadtschreiber

Roger Suter, Stadtschreiber-Stv.

Entschuldigt: Walter Fehr

Vorsitz: Esther Caviola

Protokoll: Denise Meyer, Ratssekretärin

Weibeldienst: Gino Taiana, Stadtweibel

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüsst die Mitglieder des Gemeinderats und des Stadtrats, das Publikum, die Pressevertreter sowie die Behördenmitglieder und das Personal der Stadtverwaltung. Einen speziellen Willkommensgruss richtet sie an Roger Emch, der anstelle des zurückgetretenen Stephan Blättler neu für die SVP in den Gemeinderat nachgerückt ist.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird wie folgt gutgeheissen:

1. Protokoll der Sitzung vom 25. Mai 2009
2. Postulat Milos Alincic betr. Anlagenbuchhaltung – Begründung
3. Interpellation Frédéric Clerc betr. Wirtschaftsförderung – Antwort des Stadtrats
4. Ersatzwahlen
 - a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Fachkommission II
 - b) Ersatzwahl Präsident/Präsidentin der Fachkommission II
5. Jahresrechnung 2008
6. Geschäftsbericht 2008
7. Wärmeverbund Allmendstrasse – Erweiterung (3. Etappe) – Kredit von 822'000 Franken
8. Beitrag an die Volkshochschule Region Bülach – jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag und Defizitgarantie
9. Information Stadtrat Max Nievergelt betr. Errichtung des Schulhauspavillons in der Schulanlage Schwerzgrueb
10. Fragen an Kommissionen und Stadtrat
11. Diverses

Eingang von persönlichen Vorstössen

Es sind keine persönlichen Vorstösse eingegangen.

Traktandum 1

Protokoll der Sitzung vom 25. Mai 2009

Das Protokoll vom 25. Mai 2009 wird einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Traktandum 2

Postulat Milos Alincic betr. Anlagenbuchhaltung – Begründung

Milos Alincic und Mitunterzeichner haben mit Datum vom 25. Mai 2009, eingegangen 25. Mai 2009, ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht: „Der Stadtrat ist eingeladen, die Führung einer Anlagenbuchhaltung im Finanzwesen zu prüfen und allenfalls einen Antrag mit Weisung dem Gemeinderat vorzulegen.“

Milos Alincic erklärt zu Beginn die Definition von „Anlagenbuchhaltung“ gemäss Wikipedia. Dort heisst es: „Die Anlagenbuchhaltung ist ein Teilbereich der Finanzbuchhaltung und der Kosten- und Leistungsrechnung. Hier werden die langlebigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens eines Unternehmens erfasst und verwaltet. Aufgabe der Anlagenbuchhaltung ist die Bewertung und Buchung von Zu- und Abgängen des Anlagevermögens und die Ermittlung und Buchung der Abschreibung.“

Die Konten des Anlagevermögens sind in der Buchführung Sammelkonten, so werden zum Beispiel alle Wertänderungen für Fahrzeuge auf dem Konto Fuhrpark erfasst. Für jeden eigenständig nutzbaren Gegenstand wird deshalb eine gesonderte Anlagekarte geführt, die alle relevanten Angaben wie Anschaffungsdatum, Anschaffungskosten und Nutzungsdauer enthält. Die manuell oder elektronisch geführte Anlagekartei bildet ein Nebenbuch der Buchführung und ist Grundlage für die vollständige Erfassung des Anlagevermögens im Inventar.“

Als Gründe zur Führung einer Anlagenbuchhaltung gibt er an:

- Mehr Transparenz
- Richtige Kostenerfassung von Anlagen
- Richtige Abschreibungspraxis unter Berücksichtigung von Kosten und Nutzungsdauer (zum Beispiel Hotel Goldener Kopf).
- Eine Anlagenbuchhaltung ist wichtig zur Berechnung der effektiven Kosten. Dies wird benötigt für Leistungen für Dritte (zum Beispiel Alterwohnheim Rössligasse, Kinderkrippe, Polizeiaufgaben für andere Gemeinden, Frost- und Gartenarbeit für Externe etc.). Da wir die genauen Kosten nicht kennen, kann hier das Stichwort Kostenwahrheit genannt werden.
- Dient der genauen Erfassung für interne Leistungen.

Milos Alincic ist der Meinung, das Anliegen sei motionswürdig. Für einen Betrieb in der Grössenordnung der Stadt Bülach mit einem jährlichen Umsatz von 100 Millionen Franken sei eine Anlagenbuchhaltung ein „Muss“.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Aufgrund der Vernetzung mit dem Verwaltungsrechenzentrum St. Gallen (VRSG) und den laufenden Verträgen sowie den Vorgaben des Kantons Zürich dürfte es für die Umsetzung sicher noch einige Abklärungen geben. Es sei auch klar, dass die Anlagenbuchhaltung nicht zum Nulltarif zu haben sein werde. Die Vorteile würden aber die Kosten bei weitem überwiegen. Zu WoV, wie es Bülach führe, gehöre eine Anlagenbuchhaltung.

Im Herbst 2003 stellte Milos Alincic in der damaligen Fachkommission IV die Frage, weshalb die Abschreibungen bei den einzelnen Produkten nicht ausgewiesen werden. Die Antwort von André Rollin lautete damals: „Damit kalkulatorische Kosten und Abschreibungen ausgewiesen werden können, muss eine Anlagenbuchhaltung geführt werden. Diese wird mit der flächendeckenden Einführung von WoV per 01.01.2006 realisiert.“

WoV ist nun flächendeckend eingeführt, die Anlagenbuchhaltung jedoch nicht. Auch wenn der Kanton Zürich die Anlagenbuchhaltung noch nicht vorschreibe, erachtet es der Postulant als sinnvoll, eine Anlagenbuchhaltung zu führen. Die ewigen Unstimmigkeiten bei den Geschäften betreffen die „wahren Kosten“ für Leistungen Dritter dürfte dann beendet sein. Die Stadt würde Leistungen kostendeckend verrechnen oder Subventionen klar definieren können. Aus diesen Gründen bittet der Postulant, den Vorstoss zu überweisen.

Stadtrat Walter Baur erklärt, der Stadtrat empfehle dem Parlament, das Postulat nicht zu überweisen, auch wenn alles, was im Postulat steht und soeben begründet worden sei, stimme. Auch er sei überzeugt, dass eine Anlagenbuchhaltung wichtig sei und gebraucht werde. Dass im Laufe der nächsten 10 Jahre die Anlagenbuchhaltungen eingeführt werden, sei bereits entschieden. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich berichtete, dass die Inkraftsetzung auf 2014 vorgesehen sei. Der Zeitplan sei so vorgesehen:

2009 Vernehmlassungskonzept
2010 Entscheid des Regierungsrats
2011 Entscheid des Kantonsrats
2014 Inkraftsetzung

Fazit: Die Führung einer Anlagenbuchhaltung werde für sämtliche zürcherischen Gemeinden obligatorisch. Wenn die Stadt Bülach die Einführung einer Anlagenbuchhaltung an die Hand nehme, würde diese aufgrund ungesicherter Angaben gemacht. Die Stadt Bülach hätte das Rad neu zu erfinden, was eine Vollzeitstelle für ein Jahr und die Beschaffung der Software bedinge. Gespräche mit der VRSG seien bereits im Gang. Die Änderung der Abschreibungsmethode mache eine Einführung frühestens auf das Budget 2012 möglich, was nur gerade zwei Jahre vor der geplanten Einführung des Kantons sei.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Diskussion

Fritz Münger begrüsst grundsätzlich das Anliegen von Milos Alincic. Man habe das Gefühl, man sei bis jetzt vertröstet worden. Die Gründe von Walter Baur könne die SP-Fraktion verstehen, deshalb sei sie gegen die Überweisung.

Mike Bader erklärt, auch die Grüne-Fraktion stehe grundsätzlich hinter einer Anlagenbuchhaltung. Das Postulat verlange eine Prüfung der Einführung. Wenn die Begründung des Stadtrats durch Zahlen ergänzt werden würde, könnte der Gemeinderat entscheiden, ob er bereit sei, das dazu nötige Geld zu bewilligen. Die Überweisung des Postulats werde deshalb unterstützt.

Gemäss Andrea Schmidhauser begrüsst die FDP-Fraktion den Vorstoss. Dadurch werde man der Kostentransparenz gerecht. Das Postulat werde unterstützt, denn es sei erst eine Prüfung verlangt und noch keine Umsetzung. Sie gehe davon aus, dass es zum Vergleich andere Kantone gebe, die die Anlagenbuchhaltung bereits eingeführt haben.

Die EVP-Fraktion ist gemäss Edith Planta grundsätzlich für die Überweisung des Postulats. Die EVP-Fraktion sehe aber ein zeitliches Problem, da der Fahrplan der Einführung bereits laufe.

Milos Alincic möchte beliebt machen, das Thema vertieft anzuschauen. Der falsche Zeitpunkt sei es immer. Vor zehn Jahren habe der Kanton schon eine Anlagenbuchhaltung angekündigt, die bis heute nicht eingeführt worden sei. Anlagenbuchhaltungssoftware gebe es bereits standardmässig.

Abstimmung

In der Abstimmung wird die Überweisung des Postulats mit 23 Ja- : 4 Nein-Stimmen überwiesen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Das Postulat Milos Alincic vom 25. Mai 2009 betr. Führung einer Anlagenbuchhaltung wird dem Stadtrat zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.
2. Die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung läuft bis 28. Dezember 2009.
3. Mitteilung an den Stadtrat



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Traktandum 3

Interpellation Frédéric Clerc betr. Wirtschaftsförderung – Antwort des Stadtrats

Frédéric Clerc und Mitunterzeichner haben mit Datum vom 17. Januar 2009, eingegangen am 26. Januar 2009 eine Interpellation betr. Wirtschaftsförderung eingereicht.

Der Stadtrat hat die Interpellation mit Beschluss Nr. 183 vom 3. Juni 2009 (Beilage 1) fristgerecht beantwortet.

Frédéric Clerc dankt dem Stadtrat für die ausführliche Stellungnahme. Weiter führt er aus, aus dem Bericht entnehme er, dass diverse Aktivitäten im Gange seien. Unter dem Stichwort Netzwerk komme besonders positiv heraus, dass die Beziehungspflege mit ortsansässigen international tätigen Unternehmen im Gange sei und ein Meinungs- und Informationsaustausch mit Industrie und Gewerbe stattfinde. Die Kontaktgruppe sei nun angelaufen. Detailliertere Informationen wären hier dazu aber wünschenswert gewesen. Ebenfalls sei es positiv, dass eine Datenbank mit Immobilien erstellt wurde.

Der Begrüssungsanlass für neue Firmen wirke ebenfalls als positives Signal. Er fügt hinzu, dass die Kleinunternehmen aber sofort den Kontakt suchen und nicht bis zum Begrüssungsanlass warten können. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn dieser Austausch auch sofort stattfinden könnte. Vergleiche und Analysen mit angrenzenden Regionen wären ebenfalls wertvoll. Solche Vergleiche könnten aufzeigen, was diese anders oder allenfalls besser machen als Bülach.

Prioritär seien jedoch die Bemühungen, ortsansässige Unternehmen hier zu behalten und neue Unternehmen nach Bülach zu holen. Dies nicht nur den Steuern zu liebe, sondern auch den Arbeitsplätzen zu liebe.

Stadtpräsident Walter Bosshard hat nachträglich per Mail zwei zusätzliche Fragen erhalten. Einerseits wurde gefragt, welche Mitglieder in der Kontaktgruppe Wirtschaft seien. Die Antwort bzw. die Mitgliederliste ist der Beilage 2 zu entnehmen.

Die zweite Frage umfasste das Thema Strategie Kontaktgruppe und Kontakte zu Greater Zurich Area. Laut Stadtpräsident Walter Bosshard sei die Kontaktgruppe primär geschaffen worden, um ein Netzwerk aufzubauen. Die Gruppe werde sich aber auch aktiv einbringen, um dem Standort Bülach positive Impulse zu geben.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Die Kontakte zu Greater Zurich Area seien sehr intensiv. Der CEO von Greater, Willi Meier, sei schliesslich ein Bülacher. Er sei sowohl in der Kontaktgruppe Wirtschaft, als auch in der Jury des Bülacher Triangels. Weiter weist Stadtpräsident Walter Bosshard darauf hin, dass in erster Priorität die ansässigen Unternehmen zu unterstützen seien. Beispiele wie Biotronic und Mageba würden deutlich beweisen, dass dies der richtige Weg sei.

Traktandum 4

Ersatzwahlen

a) Ersatzwahl eines Mitglieds in die Fachkommission II

Nach dem Ausscheiden von Stephan Blättler ist sein Sitz in der Fachkommission II vakant. Es ist eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Stellvertretend für Walter Fehr empfiehlt **Mike Bader** namens der IFK, Roger Emch in die Fachkommission II zu wählen.

Das Wort wird nicht verlangt.

In der offen durchgeführten Wahl wird Roger Emch mit 26 Stimmen bei einer Stimmenthaltung für den Rest der Amtsdauer 2006/10 als Mitglied der Fachkommission II gewählt.

b) Ersatzwahl Präsident/Präsidentin der Fachkommission II

Durch den Rücktritt von Stephan Blättler ist ebenfalls das Präsidium der Fachkommission II neu zu besetzen.

Mike Bader empfiehlt namens der IFK, Stefan Schnegg, EVP, als Präsident der Fachkommission II zu wählen.

Das Wort wird nicht verlangt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

In der offen durchgeführten Wahl wird Stefan Schnegg mit 23 Stimmen bei 4 Enthaltungen für den Rest der Amtsdauer 2006/10 als Präsident der Fachkommission II gewählt.

Traktandum 5

Jahresrechnung 2008

Die Vorsitzende gibt folgenden Ablauf zur Produktegruppenjahresrechnung 2008 bekannt:

1. Stellungnahme RPK-Präsident zur Produktegruppenjahresrechnung 2008
2. Erläuterungen aus Sicht des Stadtrats zur Produktegruppenjahresrechnung 2008
3. Fraktionserklärungen
4. Detailberatung Produktegruppenjahresrechnung, kapitelweise - in der Reihenfolge im Buch ab Seite 6
5. Laufende Rechnung
6. Investitionsrechnung
7. Schlussabstimmung Produktegruppenjahresrechnung 2008

Gegen dieses Vorgehen werden keine Einwände erhoben.

RPK-Präsident Alfred Schmid dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für den transparenten und kompetenten Bericht. Verschiedenste Abklärungen wurden schnell, kompetent und umfassend beantwortet. Das erleichterte die Bearbeitung eines solch umfassenden Dokuments. Für die weiteren Ausführungen zu Entwicklungen und Kennzahlen wird auf die Beilage 3 verwiesen.

Stadtrat Walter Baur ergänzt, dass in der langjährigen Perspektive keine beunruhigenden Abweichungen anstehen. Das langfristige Fremdkapital sei über die Jahre von 77 Millionen Franken auf 55 Millionen Franken heruntergekommen. Das Eigenkapital sei gestiegen, da durch die tiefen Investitionen Geld auf die hohe Kante gelegt werden konnte. Er dankt allen Fachkommissionen und der RPK, die die Rechnung sorgfältig geprüft haben. Auch dankt er der Verwaltung und Stadtschreiber Christian Mühlethaler für die Erstellung.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Fraktionserklärungen

Fritz Münger bemerkt, die Rechnung sei wieder einmal viel besser ausgefallen als budgetiert. Das sei erfreulich, täusche aber auch. In den Produktgruppen sei gut gearbeitet worden. Entscheidend sei es, die notwendigen Massnahmen zu treffen. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr sei man nun in einer Rezession. Die Steuerfusssenkung werde einiges dazu beitragen. Jetzt müsse antizyklische Finanzpolitik betrieben werden für Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Kultur, Sportpark und somit Lebensqualität. Die SP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Gemäss Jakob Briner ist auch die EVP-Fraktion erfreut über die gute Rechnung. Das verbesserte Eigenkapital und Nettovermögen bietet Möglichkeiten, mit welchen man in die Zukunft schauen kann. Wichtig ist der Finanzausgleich, dieser ist sehr hoch. Ein schlechtes Gewissen müsse Bülach deshalb nicht haben, aber trotzdem müsse bewusst sein, dass 10 % des gesamten Haushalts durch Unterstützung von aussen finanziert werde. Im Bereich der Steuern sei es störend, dass diese nicht exakt budgetiert werden können. 3.5 Millionen Franken Mehreinnahmen sei ein grosser Betrag. Schön wäre es, wenn dieser präzisiert werden könnte. Dass durch juristische Personen bzw. Zuzüge der Mitarbeiter auch die Einnahmen bei den natürlichen Personen steigen sei schön. Trotzdem seien die Steuererträge der juristischen Personen mit 3.9 % tief. Die Ausgabendisziplin sei dieses Jahr gut gewesen. Geplante Investitionen müssen aber durchgeführt werden. Es könne nicht sein, dass nur 2/3 gemacht würden, denn in späteren Jahren werde man sonst büssen. Die EVP-Fraktion stimmt der Rechnung zu.

Andrea Schmidhauser verliest folgende Fraktionserklärung: „Die Rechnung 2008 schliesst mit einem enormen Überschuss, was einem Gewinn von 8.6 Millionen Franken entspricht. Die viel höheren Steuereinnahmen sind positiv, dürfen uns aber nicht dazu verleiten, bei kommenden Geschäften die Kredite leichtfertig zu sprechen. Denn diese hohen zusätzlichen Steuererträge werden nicht der Regel entsprechen.“

Gleichzeitig muss auch die Rechnung trotz positivem Abschluss seriös und kritisch betrachtet werden. So haben wir in der Fraktion an verschiedenen Stellen auch grosse Budgetabweichungen und Fehlbudgetierungen festgestellt. Wie wir diese Abweichungen behandeln wollen, war dementsprechend auch eine grosse Diskussion wert. Die Frage lautete: Soll bei grossen Abweichung oder Fehlbudgetierungen die jeweilige Produktgruppenrechnung abgelehnt werden oder nicht? Wir fanden auf diese Frage keine einheitliche Antwort und werden uns in den Detailabstimmungen dementsprechend unterschiedlich verhalten. Wir alle werden die Gesamtrechnung 2008 aber genehmigen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr.
Sitzung vom

Als kleine Anmerkung fürs Budget 2010 haben wir noch den Wunsch folgender Steuerungsgrösse oder Budgetkennzahl: ‚juristische Personen bis 2012 mindestens 6 %‘. Dies würde der Stadtratsantwort auf die Interpellation von Frédéric Clerc entsprechen.“

Mike Bader erklärt: „Es ist wie ein déjà-vu. Ich kann nur zitieren, was die Grünen auch schon bei den Rechnungsabschlüssen 2005, 2006 und 2007 bei den Fraktionserklärungen gesagt haben: ‚Wieder einmal dürfen wir eine Rechnung abnehmen, die besser ausgefallen ist, als budgetiert. Eine solche massive Abweichung ist zwar nicht der Sinn eines Budgets aber viel besser, als wenn die Rechnung schlechter ausgefallen wäre.‘

Doch wir befürchten, dass wir wahrscheinlich noch nicht nächstes, dafür aber übernächstes Jahr unsere Fraktionserklärung leider umschreiben müssen. Dies nicht nur, weil dann hoffentlich ein total motivierter Grüner anstelle von mir diese Fraktionserklärung vorbereiten wird – nein, wir befürchten dies aus ganz anderen Gründen:

- Es ist offen resp. fraglich, ob die Einnahmen bei den Steuern früherer Jahre weiterhin so über Budget sprudeln werden.
- Auch wenn die ZKB die Gewinnausschüttungen nicht völlig von ihrem Geschäftsgang abhängig macht, so sind hier in den nächsten Jahren tiefere Einnahmen zu erwarten.
- Die Finanzkrise, resp. mittlerweile die allgemeine Rezession wird mit Verzögerung auf die Steuereinnahmen und die Ausgaben im Sozialbereich durchschlagen.
- Die Steuergeschenke von letztem Winter werden zu jährlichen Mindereinnahmen von mindestens einer Million führen. Und es wird noch mehr, wenn die Bürgerlichen ihr Ziel eines Steuerfusses beim kantonalen Mittel weiter verfolgen würden.
- Die Stadt Bülach hat grosse Investitionsvorhaben.

All diese Gründe lassen daran zweifeln, dass die Rechnungsergebnisse in Zukunft auch so gut ausfallen werden. Gut haben wir in den letzten Jahren Reserven geschaffen. Gut wäre auch, wenn wir dort, wo wir in den nächsten Jahren den Geldzufluss einfach beeinflussen können, dieser auch in positiver Richtung gelenkt würde: Also, sicher keine weiteren Steuerfussenkungen.

Bei den Investitionen gilt es wie immer abzuwägen, wie nötig resp. wie viel eine solche Investition zur Attraktivitätssteigerung von Bülach beiträgt. Es geht also nicht nur um den Sportpark, es geht mindestens ebenso um Investitionen im Bereich Alter, Kultur und Kinderbetreuung. Da hier in nächster Zeit noch einige Investitionen anstehen, freuen wir uns bereits jetzt auf intensive Diskussionen.

Die Grünen werden der Rechnung 2008 zustimmen.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Detailberatung

Kapitel Bau und Umwelt (BA-1 – BA-6)

BA-1 Hochbau / Baupolizei

Andrea Schmidhauser erklärt, die Rechnungen 2007 und 2008 seien vergleichbar. Die Budgetierung für 2008 durch Markus Burkhard sei pessimistisch oder vorsichtig erfolgt. Man könne von einer Fehlbudgetierung reden.

Der Geschäftsbericht zeige, dass hauptsächlich kleine und mittlere Sanierungsprojekte zu diesem Ergebnis führten und nicht ein einzelnes Grossprojekt, weshalb die Abweichung nicht nachvollziehbar sei. Sie beantragt, die Rechnung bei diesem Produkt abzulehnen.

Die Produktegruppe BA-1 wird grossmehrheitlich genehmigt.

BA-2 Tiefbau

Andrea Schmidhauser beantragt auch bei diesem Produkt, die Rechnung abzulehnen. Hier sei komplett fehlbudgetiert worden. Angefallene Kosten seien vergessen gegangen. Es sei klar gewesen, dass eine Pensionierung anstand. Die Mehrkosten hätte man einkalkulieren müssen.

Die Produktegruppe BA-2 wird grossmehrheitlich genehmigt.

BA-3 – BA-6

Die Produktegruppen BA-3 – BA-6 werden diskussionslos einstimmig genehmigt.

Kapitel Bildung und Schulliegenschaften (BI-1 – BI-7)

Unter Bemerkungen und Anregungen ist zu lesen: „Anregung: BI-7 Erwachsenenbildung Neues Wirkungsziel D: Die Bevölkerung von Bülach kann an den Kursen der Volkshochschule zu vergünstigten Konditionen teilnehmen.“

Die Wirkungszieländerung wird bei der Behandlung des Geschäfts unter Traktandum 8 behandelt.

Stefan Schnegg möchte nochmals auf die Wichtigkeit der Anregung hinweisen. Der konkrete Antrag folge später bei der Behandlung des Geschäfts.

Das Kapitel wird einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Kapitel Sport, Jugend und Veranstaltungen (SJ-1 - SJ-4 und SJ-VK)

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig genehmigt.

Kapitel Einwohner und Sicherheit (ES-1 – ES-8 und ES-10)

Hinweis: Die Kurzbezeichnung für den Friedensrichter ist nicht einheitlich bezeichnet in der Produktgruppenjahresrechnung 2008. Richtig ist: ES-10.

ES-1 – ES-8 und ES-10 (ohne ES-2 und ES-3)

Die Produktgruppen ES-1 – ES-8 und ES-10 (ohne ES-2 und ES-3) werden diskussionslos einstimmig genehmigt.

ES-2 Stadtpolizei

Die Produktgruppe ES-2 wird diskussionslos grossmehrheitlich genehmigt.

ES-3 Einwohnerkontrolle

Die Produktgruppe ES-3 wird diskussionslos grossmehrheitlich genehmigt.

Kapitel Finanzen (FI-1 – FI-6)

Alfred Schmid weist auf den Anhang im Bericht hin (Seite 80). Dieser sei neu. Der Anhang sei informativ und beantworte verschiedene Fragen, die früher speziell geklärt werden mussten.

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig genehmigt.

Kapitel Soziales und Gesundheit (SG-1 – SG-12)

Das Kapitel wird diskussionslos grossmehrheitlich genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Kapitel Städtische Betriebe (SB-1 – SB-6 und SB-VK)

Fritz Münger erklärt, vor einem Jahr habe der Gemeinderat kritisiert, dass in Bezug auf Investitionen kein „Plan B“ griffbereit gewesen sei. Dieses Jahr sei dieser Punkt verbessert worden, weshalb man auf eine Kritik verzichten könne. Die Fachkommission I sei sehr zufrieden in diesem Kapitel.

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig genehmigt.

Kapitel Land- und Forstwirtschaft (LF-1 – LF-4 und LF-S)

Folgende Bemerkungen und Anregungen sind dem Abschied zu entnehmen:

LF-1 Forst

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind richtig. Sie sind umzusetzen: Die Prozesse und Kostenstellenstruktur sind mit Einführung von WoV 2009 durch die Controllerin zu prüfen und richtig zu stellen. Insbesondere sind auch die Vorkostenstellen richtig zu stellen.

LF-3 Entsorgung

Die FK IV geht davon aus, dass die vorgeschlagenen Massnahmen – eine Senkung der Grundgebühren ist zu prüfen – aufgrund der Richtlinien des Regierungsrates bzw. des VSA/FES geprüft werden. Bei einer Abweichung von der tolerierten Äufnung des Spezialfonds im Betrag eines Jahresertrags muss die entsprechende Senkung der Grundgebühr oder eine gleichwertige Massnahme umgesetzt werden.

Alfred Schmid unterstreicht die Bemerkungen zu LF-1 und LF-3. Handlung sei angesagt. Die Buchhaltung im Forst müsse nächstes Jahr einwandfrei geführt werden.

LF-4 wird im Rahmen der Rechnungsprüfung des Zweckverbands geprüft, weshalb dieses Produkt in keinem Abschied erscheint.

LF-1, LF-2, LF-3 und LF-S werden grossmehrheitlich genehmigt.

LF-4 wird einstimmig genehmigt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Kapitel Management Dienste (MD-1 – MD-5)

Das Kapitel wird diskussionslos einstimmig genehmigt.

Laufende Rechnung

Die Laufende Rechnung wird diskussionslos einstimmig genehmigt.

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung wird diskussionslos grossmehrheitlich genehmigt.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung wird die Produktegruppenjahresrechnung 2008 einstimmig gutgeheissen.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Die Jahresrechnung 2008 inkl. Produktegruppenrechnung 2008 wird genehmigt.
 - Die laufende Rechnung schliesst bei Fr. 106'209'030.73 Ertrag und Fr. 97'594'873.51 Aufwand mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 8'614'157.22 ab.
 - Bei Investitionsausgaben im Verwaltungsvermögen von Fr. 12'729'572.46 und Investitions-einnahmen von Fr. 2'545'127.25 beträgt die Nettoinvestition Fr. 10'184'445.21.
 - Die Nettoveränderung im Finanzvermögen der Investitionsrechnung beträgt Fr. 203'920.35.
 - Die Bilanz weist Aktiven und Passiven von Fr. 154'690'409.47 auf.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

- Das Eigenkapital hat sich durch den Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung von Fr. 47'678'369.36 auf Fr. 56'292'526.58 erhöht.

2. Mitteilung an:
 - a) Stadtrat
 - b) Abteilung Finanzen (2 Originale für den Bezirksrat)

Traktandum 6

Geschäftsbericht 2008

Die Fachkommission IV hat den Geschäftsbericht 2008 geprüft. Die Vorsitzende bedankt sich für die speditive Bearbeitung und den schnellen Abschied, der heute bereits vorliegt.

Milos Alincic sagt namens der Fachkommission IV: „ Als erstes danke ich dem Stadtrat, den Mitarbeitern der Stadt und allen am Geschäftsjahr resp. Geschäftsbericht Beteiligten für ihre Arbeit und den Einsatz während des letzten Jahres.

Die Fachkommission IV beurteilt den Geschäftsbericht 2008 als sehr gelungen. Er kommt für uns sehr freundlich, hell und ansprechend daher. Die Gestaltung ist sehr abwechslungsreich und daher auch angenehm zu lesen. Verschiedene Fotos resp. Diagramms lockern das Ganze auf.

Die Aufteilung in den statistischen Teil und den - jetzt hätte ich fast gesagt belletristischen Teil – nein, in den Textteil beurteilen wir mehrheitlich als gut. Der ganze Geschäftsbericht ist sehr informativ. Er wurde in Bülach auf Recycling Papier 70 % gedruckt. Viele Wünsche und Anregungen der letzten Jahre wurden aufgenommen. Der ganze Jahresbericht aber insbesondere der Statistikteil hat in den letzten 10 Jahren noch nie so wenig Fehler gehabt.

Der Geschäftsbericht ist gesamthaft betrachtet sehr gut aber immer noch verbesserungsfähig. Die Fachkommission IV hat natürlich noch kleinere Anmerkungen und Vorschläge.

Der Gesamtumfang mit rund 95 Seiten ist unseres Erachtens an der oberen Grenze. Verschiedene Informationen können 1:1 aus dem Internet bezogen werden (Legislaturziele, Aufbau der Verwaltungsstruktur etc.). Zudem könnten unserer Meinung nach verschiedene Beiträge gestrafft werden. Im speziellen auch die ‚Abteilung‘ Gemeinderat. Wir nehmen uns hie und da vielleicht schon



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

etwas wichtig, aber in diesem Fall werden wir eher zu wichtig dargestellt. Fotos der Gemeinderäte können wir uns jeweils anfangs Legislatur vorstellen und nicht alle Jahre wieder. Die einzelnen Geschäfte werden einmal vom Büro aufgeführt, dann von den Kommissionen und dann nochmals weiter hinten vom Stadtrat. Hier gäbe es sicher noch Synergien zu nützen. Zum Teil enthalten die Beiträge Inhalte die eigentlich selbstverständlich sind so zum Beispiel: ‚Die soziale Durchmischung in Krippe und Hort ist bunt, denn die Kinder bringen Erfahrungen aus verschiedenen Kulturen und Religionen mit.‘ Das ist doch seit den 70-er Jahren so und nichts Spezielles im Jahre 2008. Ob die 1'200 Jahr-Feier die ja noch gar nicht stattgefunden hat, mit dem Festprogramm in den Jahresbericht 2008 gehören ist sicher fraglich. Die Festivitäten finden ja erst 2011 statt. Generell stellt sich die Frage, ob der Geschäftsbericht nicht nur lektoriert sondern auch redigiert werden sollte. Sind doch -zig verschiedene Autoren am Werk. Wiederholungen und Füllstoff könnten damit sicher vermieden werden.

Ich möchte noch einige Korrekturen mitteilen:

Geschäftsbericht

Seite 2 Gemeinderat 2002: 36 Mitglieder und nicht 26 Mitglieder

Seite 26 Diagramm Rössligasse und Pflegewohngruppe basiert nicht auf denselben Zahlen wie der Statistikeil.

Seite 37 Die Kurve im Diagramm ist nicht korrekt. 2008 ist die Schülerzahl kleiner als im Vorjahr, die Kurve steigt jedoch an.

Seite 50 Anzahl Pfändungen (2166) stimmen nicht mit Statistikeil überein.

Seite 67 Diagramm Anteil Sozialhilfeempfänger muss heissen Fälle. Die Kurve ist steigend anstatt leicht fallend.

Seite 82 Im Diagramm ist nicht ersichtlich was die Zahlen auf der Vertikalachse darstellen sollen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Statistikteil

Seite 6 Anfallender Abfall: Hier wäre es interessant, wie sich über mehrere Jahre der Abfall entwickelt.

Seite 10 Gliederung nach Konfessionen: Es ist unserer Meinung nach nicht sinnvoll Religionen im einstelligen Zahlenbereich aufzuführen und am Schluss ‚andere‘ und ‚ohne Religion‘ mit fast 6'000 anzugeben.

Seite 12 Tätigkeit Friedensrichter: Unerledigte Fälle betragen 23 statt 237.

Die Fachkommission IV empfiehlt dem Gemeinderat den gesamthaft gesehen guten Geschäftsbericht abzunehmen.“

Fraktionserklärungen

Mike Bader verliest namens der Grünen-Fraktion folgende Erklärung: „Der Geschäftsbericht kam wieder in der gleichen Aufmachung daher wie im letzten Jahren. Einerseits schlicht, auf der anderen Seite informativ wie eh und je. Dafür danken wir allen Personen, die daran mitgearbeitet haben.“

Etwas desillusioniert haben wir feststellen müssen, dass unser letztjähriger Hinweis auf ‚die Würze in der Kürze‘ überhaupt nicht in den diesjährigen Geschäftsbericht eingeflossen ist. Vorletztes Jahr waren es 66, letztes Jahr schon 82 und dieses Jahr umfasst der Geschäftsbericht 2008 schon 94 Seiten. Passiert in Bülach so viel Erwähnenswertes? Besteht nicht die Gefahr, dass dieses dicke Buch von niemandem mehr gelesen wird?

Ganz allgemein kann man bei den Texten feststellen, dass sie sich von der Art der Formulierungen, insbesondere aber auch beim Informationsgehalt stark unterscheiden. Wäre nun nicht der Moment gekommen, wo eine einzige entsprechend ausgebildete Person den Geschäftsbericht bearbeiten sollte. Diese Person könnte dann auch gleich die zu lang geratenen Texte kürzen. Am Schluss hätten wir dann wieder einen wirklich gut lesbaren, weiterhin sehr interessanten aber auch viel kürzeren Geschäftsbericht. Schliesslich ist der Geschäftsbericht auch Werbung in eigener Sache.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Der Statistikteil ist weiterhin sehr informativ, auch oder gerade weil sich dort immer wieder spezielle Informationen finden lassen. So haben wir dort erfahren können, dass die Zahl der Personen mit einer evangelisch-lutherischen Konfession von 19 auf 20 gestiegen ist. Auf welche Konfessionen sich hingegen die ‚andere und ohne‘, immerhin 5'935 an der Zahl, verteilen, kann aus den Daten nicht entnommen werden. Man könnte fast meinen, die Stadtverwaltung hätte einen einseitigen christlichen Blick.

Also, alles in allem kein schlechter Geschäftsbericht, leider aber sind sie in den letzten Jahren auch nicht wirklich besser, nur länger geworden. Vielleicht könnte man wieder mal einen Effort wagen?“

Andrea Schmidhauser erklärt namens der FDP-Fraktion, der Geschäftsbericht sei wie in den Vorjahren informativ und gebe Interessierten einen guten Einblick ins politische Geschehen von Bülach. Die Statistikbeilage empfinde sie als gut, aussagekräftig und wertvoll für die politische Arbeit. Vermisst wurde ein Nachruf an Heinz Kousz, welcher bis im Sommer 2008 dem Gemeinderat angehörte. Als vielgeschätzter Kollege wäre ein netter Nachruf das Mindeste gewesen. Trotz diesem Fauxpas wird die FDP-Fraktion den Geschäftsbericht 2008 genehmigen.

Markus Wobmann dankt im Namen der SVP-Fraktion allen involvierten Personen für die Arbeit am Geschäftsbericht. Dieser sei informativ und gut lesbar. Er diene als Nachschlagewerk oder für Vergleichszwecke. Die Veränderung in der Farbgestaltung und dadurch der freundlichere Auftritt werden begrüsst. Als Bemerkung zur Herstellung wird genannt, dass die Lesbarkeit in den hinteren Seiten durch die geringen Seitenabstände behindert wird (zum Beispiel auf Seite 73). Insgesamt hat die Fraktion Freude am Geschäftsbericht und wird diesen abnehmen.

Edith Planta erklärt namens der EVP-Fraktion, der Geschäftsbericht werde als anregend und gelungen geschrieben empfunden. Er sei ansprechend aufgemacht und gestaltet. Die Grafiken seien klar und sinnvoll ausgewählt. Die Informationsgehalte seien in der Tiefe aber sehr unterschiedlich. Vor allem die Bereiche Bildung und Kultur seien sehr umfangreich und umfassend. Der Bericht zum Sozialen gebe Auskunft über diesen komplexen Bereich. Es freut die EVP, dass die Realisierung eines Legislaturziels genannt wurde. So könne man lesen, dass die Stellenbörse der Freiwilligenarbeit umgesetzt werden konnte. Edith Planta richtet einen Dank an den Stadtrat für die ausführliche Arbeit und der Verwaltung für die umfangreiche Berichterstattung.

Denis Faoro ergänzt, die SP-Fraktion wolle den Geschäftsbericht auch genehmigen. Der Dank an alle Angestellten der Stadt Bülach, von den Management Diensten bis zu den Städtischen Betrieben, für ihren tollen Einsatz zugunsten der Bülacher Bevölkerung sei wie man gehört habe partei-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

übergreifend. Die SP würde es begrüßen, wenn diese Anerkennung bei zukünftigen Abstimmungen auch berücksichtigt würde.

Der Gemeinderat **beschliesst** einstimmig:

1. Der Geschäftsbericht 2008 wird genehmigt.
2. Mitteilung an Stadtrat

Pause 20:36-20:50

Traktandum 7

Wärmeverbund Allmendstrasse – Erweiterung (3. Etappe) – Kredit von 822'000 Franken

Im Antrag des Stadtrats ist unter Ziffer 3 vermerkt, dass die Zustimmung der reformierten Kirchgemeindeversammlung vorbehalten bleibt. Die Versammlung der reformierten Kirchgemeinde stimmte diesem Geschäft am 23. Juni 2009 einstimmig zu.

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission I und der RPK vor. Die Vorsitzende bedankt sich für das Entgegenkommen der Fachkommission I, den Abschied auf die heutige Sitzung kurzfristig zu erstellen.

Die Fachkommission I empfiehlt mehrheitlich das Geschäft unter Vorbehalt der Zustimmung des Zusatzantrags im Sinne des stadträtlichen Antrags anzunehmen.

Zusatzantrag: „Korrektur im Antrag des Stadtrates unter Punkt 1: Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2009) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung.“

Die RPK empfiehlt einstimmig, dem Antrag des Stadtrats sei unter Berücksichtigung des Zusatzantrags zuzustimmen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Zusatzantrag der RPK: „Der verrechnete Arbeitspreis pro kWh muss vollkostendeckend sein.“

Fritz Münger erklärt namens der Fachkommission I, 1998 sei der Ausbau Grampen (1. Etappe) erfolgt, im Herbst 2008 sei der Ausbau Wärmeverbund Grampenweg 6 und 7 beschlossen (2. Etappe) worden (siehe Beilage 4, rote Pfeile). Im Moment sind das neue und alte Feuerwehrgebäude, das Alterszentrum, die Stadthalle, das reformierte Kirchgemeindehaus sowie die Liegenschaften Grampenweg 6 und 7 angeschlossen. Bereits im Dezember 2007 habe die reformierte Kirchgemeinde um Prüfung ersucht, ob die Hans-Hallergasse 4 (Kirche und Sigristenhaus), die Hans Hallergasse 7 (Pfarrhaus) und die Hans-Hallergasse 3 angeschlossen werden können (siehe Beilage 4, grüne Pfeile). Zurzeit werden diese Liegenschaften mit Ölheizungen betrieben. Die städtischen Liegenschaften Hans-Hallergasse 8 und 9 erfüllen die Bedingungen der Luftreinhalteverordnung nicht mehr.

Die Umsetzung der dritten Etappe hätte zur Folge, dass die Allmendstrasse und die Poststrasse unterquert werden müssen. Auch in der Hans-Hallergasse sei mit reger Bautätigkeit zu rechnen (siehe Beilage 5).

Das Investitionsvolumen betrage 822'000 Franken. Die Berechnung und Verzinsung sei sehr knapp ausgefallen. Aus rein finanzieller Sicht wäre dies ein uninteressantes Geschäft, denn die gebundenen Mittel über 25 Jahre ergeben eine Null-Rendite. Die Vorteile seien, dass mit einem starken Partner zusammengearbeitet werden könne. Es bestehe die Option, die Gebühren den Veränderungen anzupassen. Die Umweltsicht hingegen sei beachtlich. Der CO₂-Ausstoss werde um jährlich 95 Tonnen verringert. Dies dürfe als Gewinn betrachtet werden.

Fazit: Das Projekt beinhaltet die Ausschöpfung vorhandener Kapazitäten, vertretbare finanzielle Aufwendungen und nachhaltige Wirkung. Die Fachkommission I empfiehlt dem Antrag des Stadtrats mit dem Zusatzantrag der Fachkommission I zuzustimmen.

Andrea Schmidhauser fügt hinzu, es sei erwähnt worden, dass es ein Geschäft mit grossen finanziellen Auswirkungen sei. 822'000 Franken würden über mehrere Jahre gebunden. Bei 224 Laufmeter Fernwärmeleitungen koste ein Meter mehr als 3'000 Franken. Dies sei zwar sehr viel, entspreche aber wegen der schwierigen Leitungsführung den zu erwartenden Kosten. Man müsse sich überlegen, ob sich das wirklich lohnt.

Andrea Schmidhauser weist auf Seite 4 von Antrag und Weisung hin. Dort steht, dass der Wärmebedarf der Hans-Hallergasse 8 und 9 80 kW betrage. Effektiv seien es aber nur ca. 50 kW. Rechne man mit den 50 kW, gebe es keine Nullrechnung mehr, sondern eine Defizitrechnung. Die An-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

schluss- und Grundgebühren seien nämlich kW-abhängig und würden sich somit massiv reduzieren.

Wenn man den Fernleitungskosten die Anschlussgebühren abziehe, so bleibe ein Rest-Investitionsbetrag von 333'294 Franken übrig, welcher eigentlich über die nächsten 25 Jahre abgeschrieben werden sollte. Bei jährlichen Grundgebühren von 8'000 Franken, einem Wärmebedarf von 381'000 kWh à 2.81 Rappen/kWh und einer Verzinsung von lediglich 3.25 % (aktueller Zinssatz) bleibe nach 25 Jahren immer noch ein Defizit von 40'000 Franken (siehe Beilage 6).

Der Abschreibungspreis wurde bereits mit 2.81 Rappen pro kWh festgesetzt und könne nicht einfach erhöht werden. Es stelle sich nun die Frage, ob es das wert sei, die Holzschnitzelheizung zu erweitern, im Wissen, dass wir drauflegen und wir das Geld für andere Projekte brauchen können.

Die Abschreibung mit 3,25% und das Defizit von 40'000 Franken rechne sich nur, wenn mindestens 381'000 kWh bezogen werden. In den nächsten 25 Jahren sei aber zu hoffen, dass die Liegenschaften saniert würden. Dann sähe die Rechnung noch schlechter aus, weil der Wärmebedarf sinke. Dementsprechend beantrage sie das Geschäft abzulehnen.

Bruno Basler empfiehlt namens der RPK, dem Antrag des Stadtrats unter Berücksichtigung, dass der verrechnete Preis pro kWh vollkostendeckend sein soll, zuzustimmen. Die RPK möchte nochmals deutlich erwähnen, dass der Zusatzantrag berücksichtigt werden muss.

Stadtpräsident Walter Bosshard weist darauf hin, dass Herr Gianotti und Herr Solci anwesend seien und fachspezifische Fragen gerne beantworten würden. Er dankt der Fachkommission I für den Abschied, welcher in einer ausserordentlichen Sitzung kurzfristig erstellt wurde.

Weiter erklärt er, dass die Vollkostenrechnung noch nicht eingeführt sei. Er habe aber den Einheitspreis für den Heizkostenanteil durch den Förster überprüfen lassen. Dieser erklärte, dass der Preis (4.04 Rappen) für den Forst ok sei.

Die von Andrea Schmidhauser erwähnte Unstimmigkeit sei korrigiert worden und der Fachkommission vor geraumer Zeit gestellt worden. Er habe dem Ingenieurunternehmen Gianotti den Auftrag erteilt, den Tarif „Arbeitspreisgestaltung“ (8.00 Rappen) mit der angepassten Zahl zu rechnen. Die Berechnung habe ergeben, dass dieser Preis kostendeckend sei.

Die Anschlussgebühr, die berechnet wurde, sei einmalig und fix. Die definierte Grundgebühr sowie der Energielieferpreis könne aber den Veränderungen angepasst werden. Zudem sei zu beachten,



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

dass nach der Erweiterung des Wärmeverbundes 67% der Anlage Stadtliegenschaften mit Energie beliefere.

Die Sanierung der Rauchgasreinigung im Betrag von ca. 500'000 Franken falle mit oder ohne Erweiterung an. Bei einer Realisierung der dritten Ausbautappe würden sich die externen Energiebezüger ebenfalls an diesen Kosten beteiligen.

Aus Sicht der Umwelt sei das Projekt sinnvoll.

Ein weiteres Argument, die Realisierung schnell an die Hand zu nehmen sei der Umstand, dass mit einem Förderbetrag von 20'000 bis 30'000 Franken gerechnet werden könne. Es sei sehr unsicher, ob das bis Ende 2009 befristete Projekt verlängert würde.

Die Anwesenheit der beiden Fachspezialisten zur Beantwortung allfälliger Fragen wird in der Abstimmung einstimmig genehmigt.

Eintretensdebatte

Alle sind für Eintreten.

Fraktionserklärungen

Bruno Basler erklärt, die SVP-Fraktion habe dem Antrag grossmehrheitlich zugestimmt.

Laut **Stefan Schnegg** unterstützt die EVP-Fraktion das Projekt des Stadtrats für den Wärmeverbund. Die EVP setze sich schweizweit seit Jahren aktiv dafür ein, dass einheimisches, natürlich wachsendes Holz das importierte Öl zur Wärmeerzeugung möglichst ersetzt. Er möchte auf die Initiative www.oil-of-emmental.ch hinweisen, die statt Einkauf von Erdölprodukten und Gas in der Schweiz mit einheimischem Holz Wärme erzeugen will und Schweizer Arbeitsplätze schafft und unsere Wälder nachhaltig unterhält. Die Abhängigkeit vom Öl müsse raschmöglichst bekämpft werden. Der Stadtrat gehe mit dem Projekt in die richtige Richtung.

Gemäss **Alfred Schmid** stimmt die FDP-Fraktion dem Geschäft zu. Die Rentabilität habe zu grösseren Diskussionen geführt, da sie nur knapp genügend sei. Die Berücksichtigung der Synergien und der Umweltaspekt hätten aber zur Zustimmung geführt. Die Fraktion unterstütze ebenfalls die Zusatzanträge der RPK und der Fachkommission I.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Nadine Calislar-Bangerter sagt, die Grünen engagieren sich für die Umweltpolitik. Deshalb müsse auch auf lokaler Ebene einiges unternommen werden, wenn CO-2 Ausstoss reduziert werden könne. Durch eine nachhaltige Waldbewirtschaftung sei Holz günstiger und es bestehe keine Abhängigkeit von Öl. Die Grüne-Fraktion sei grundsätzlich für den Ausbau gemäss Stadtratsantrag. Mit dem Ausbau könnten fünf weitere Gebäude an die Nahwärme angeschlossen werden. Der genannte Preis des Ausbaus von 822'000 Franken sei hoch, doch es seien gute Investitionen. Von der reformierten Kirchgemeinde soll ein angemessener Preis verlangt werden können. Der Stadtrat müsse beginnen umzudenken und auch Solaranlagen ausbauen, so zum Beispiel bei der KZU oder auf Schulhäusern.

Manuel Hüsser erklärt, die SP-Fraktion unterstütze den Stadtratsantrag und den RPK-Zusatzantrag. Dieses Geschäft sei eine sinnvolle Investition. Die Kapazität sei vorhanden, die Abnehmerschaft gewährleistet und die Nachhaltigkeit gegeben.

Detailberatung

Milos Alincic erklärt: „Grundsätzlich bin ich für eine Holzheizung, vor allem bei Verwendung des eigenen Holzes. Stadthalle, Feuerwehrgebäude, Alterszentrum Grampen - also Etappe 1 - ist sinnvoll. Die Abnehmergrössen und die Erschliessungskosten stehen in einem vernünftigen Verhältnis. Die Etappe 2 ist gebaut, arbeitet aber sicher nicht wirtschaftlich. Etappe 3 lehne ich aus folgenden Gründen ab:

Die vorgelegte Berechnung zur Wirtschaftlichkeit für den geplanten Netzausbau ist fehlerhaft, die Anschlussleistungen stimmen nicht. Daraus folgen jährlich ca. 1'000 Franken weniger Grundgebühren. Die einmalige Gebühr ist mit rund 27'000 Franken zu hoch eingesetzt.

- Arbeitspreisgestaltung 8.00 Rappen/KWh
- Heizkosten eingesetzt 4.04 Rappen (richtig wäre aber 4.50 Rappen)
- Nebenkosten 1.15 Rappen
- Kapitalkosten 2.81 Rappen
- Kapitalkosten können nicht gedeckt werden

Nachhaltig, umweltfreundlich, CO-2 einsparend ist alles gut, aber Alternativen (z. B. Gas, Wärmepumpe) sind nicht geprüft worden. Nun liegt die unwirtschaftlichste Lösung vor, denn im Sommer wird das Warmwasser über Gas (Kessel 400 KW) aufbereitet und über ein absolut unwirtschaftliches Netz verteilt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Im 2012 fallen nochmals Kosten von 490'000 Franken für einen Staubfilter an. Ein Anschluss an ein zentrales Verwaltungsgebäude bei den Tennisplätzen oder der Ganz-Wiese ist dann ebenfalls nicht mehr aktuell.

Auch die Grundsatzbeschlüsse werden nicht eingehalten. Ein Grundsatzbeschluss lautet: Die Stadt Bülach soll sich in Bezug auf die laufenden Ausgaben und Investitionen effizient und kostenbewusst verhalten. Beides ist nicht gegeben.

Der Wärmeverbund ist absolut nicht wirtschaftlich. Alternativenenergien, wie eine Wärmepumpe, wären günstiger und nachhaltiger. Für die Stadt sind die Kosten von rund 350'000 Franken für eine Heizungsanlage mit rund 50 kW (Kirche 150 kW, Stadt Bülach 50 kW) viel zu hoch.

Für die beiden Häuser Hans-Hallergasse 8 und 9 würden sich problemlos andere Heizungssysteme, die mindestens so ökologisch wie die Schnitzelfeuerung betrieben werden könnten, anbieten. Zudem wären die Anschaffungskosten und die Betriebskosten enorm günstiger.“

Johanna Wirth Calvo ergänzt, die Grünen würden die Entwicklung ebenfalls verfolgen. Sie stimme Milos Alincic zu, befürworte aber den Stadtratsantrag.

Abstimmungen

Der Zusatzantrag der RPK, dass der verrechnete Arbeitspreis pro kWh vollkostendeckend sein muss, wird einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Fachkommission I den Punkt 1 im Antrag des Stadtrates wie folgt zu korrigieren: Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2009) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung, wird einstimmig angenommen.

In der Schlussabstimmung wird der Bruttokredit von 822'000 Franken mit 21 Ja- : 4 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen genehmigt.

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Für die Erweiterung des Wärmeverbundes Allmendstrasse (3.Etappe) und für die baulichen Anpassungen in der Liegenschaft Hans-Hallergasse 9 wird zu Lasten der Investitionsrechnung



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

(090.5030.46) ein Bruttokredit von Fr. 822'000.00 bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich um die in der Zeit zwischen Aufstellung des Kostenvoranschlages (Index April 2009) und der Bauausführung eingetretene Baukostenentwicklung.

2. Der verrechnete Arbeitspreis pro kWh muss vollkostendeckend sein.
3. Der Beschluss des Gemeinderates unterliegt gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
4. Vorbehalten bleibt die Zustimmung der reformierten Kirchengemeindeversammlung.
5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zur Finanzierung des Bauvorhabens erforderlichen Mittel aufzunehmen.
6. Mitteilung an
 - Stadtrat
 - Abteilung Finanzen
 - Abteilung Sport und Kultur
 - Abteilung Bau und Umwelt

Traktandum 8

Beitrag an die Volkshochschule Region Bülach – jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag und Defizitgarantie

Zu diesem Geschäft liegen die Abschiede der Fachkommission II und der RPK vor.

Die Fachkommission II beantragt mehrheitlich das Geschäft grundsätzlich im Sinne des stadträtlichen Antrags zur anzunehmen. Jedoch mit folgendem Zusatzantrag: „Neues Wirkungsziel D in der Produktegruppe BI-7: Die Bevölkerung von Bülach kann an den Kursen der Volkshochschule zu vergünstigten Konditionen teilnehmen.“

Die RPK beantragt einstimmig, den Antrag an den Stadtrat zurückzuweisen.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Die RPK begründet ihren Antrag wie folgt: „Die RPK anerkennt die Bestrebungen des Stadtrats, den Bildungsstandort Bülach weiter zu stärken. Trotzdem ist die RPK der Meinung, dass bei ca. 50% auswärtigen (und folglich nicht in der Stadt Bülach steuerpflichtigen) Kursbesuchern die Subventionierung der Volkshochschule nicht alleine Sache der Stadt Bülach sein kann. Abgestufte Kursbeiträge für die Kursteilnehmer oder Subventionsbeiträge anderer Gemeinden sind anzustreben.“

Manuela Meier führt namens der Fachkommission II folgendes aus: „Die Volkshochschule ist im Jahre 1920 als privatrechtliche Stiftung für Erwachsenenbildung gegründet worden. Im Laufe der Jahre wurden Zweigstellen eingerichtet so auch in Bülach. Finanziert wurde die Volkshochschule Zürich durch Subventionen von Bund, Kanton, Gemeinden und Kursgelder.

Pro Jahr sind in Bülach 60 bis 80 Kurse angeboten worden. Die Kursanmeldungen und Inkasso erfolgten über die Stadtkasse der Stadt Bülach. Auf ein Verrechnen dieser Dienstleistungen an die Zweigstelle Bülach wurde verzichtet. Die Stadt Bülach hat die Zweigstelle mit einer jährlichen Pauschale von 3'000 Franken unterstützt. Insgesamt resultierte so eine reale Unterstützung im Wert zwischen 15'000 bis 20'000 Franken pro Jahr.

Aufgrund teils hoher Verluste in den Landgemeinden begann die Volkshochschule Zürich vor ein paar Jahren, sich neu zu organisieren und unrentable Zweigstellen zu schliessen. Die Zweigstelle Bülach musste somit nach einer neuen Trägerschaft suchen, andernfalls wäre die Volkshochschule in Bülach geschlossen worden. Die Volkshochschule als Bereich der Stadtverwaltung selber zu führen, fiel ausser Betracht, weil der Stadt das nötige Know-how fehlte. Mit dem Institut für Bildung Beratung und Kommunikation fand sich ein Unternehmen, das willens und geeignet ist, die Volkshochschule Bülach zu leiten und auf eigene Rechnung zu führen. Das IBBK ist seit 14 Jahren in der Erwachsenenbildung tätig und bringt beste Voraussetzung für diese Aufgabe mit.

Am 10. Januar 2007 stimmte der Stadtrat einer dreijährigen Versuchsphase zu. IBBK sollte die Volkshochschule neu organisieren und auf eine tragfähige, wirtschaftliche Grundlage bringen. Die wichtigsten Punkte der bis Ende 2009 befristeten Leistungsvereinbarung lauteten:

- Das IBBK führt die Volkshochschule Bülach nach den Bestimmungen des Partnerschaftsvertrags zwischen der Stiftung Volkshochschule Kanton Zürich und der Stadt Bülach auf eigene Rechnung.
- Das IBBK bietet mindestens 50 Kurse pro Jahr an.
- Die Stadt zahlt einen jährlichen Betriebsbeitrag von 20'000 Franken und gewährleistet eine Defizitgarantie von 10'000 Franken.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Die Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Bülach und der IBBK hat sich in den drei Jahren bewährt. Die neue Leistungsvereinbarung, gültig von 2010-2014, hat nur kleine Änderungen erlebt.

- Punkt 3 - Das Angebot soll jährlich mindestens 65 Kurse umfassen.
- Punkt 4 - Ergänzung nach dem 1. Abschnitt: Werden die Subventionen der Volkshochschule des Kantons Zürich im Umfang von rund 15 % der Kursgeldeinnahmen reduziert oder fallen sie ganz aus, suchen die Parteien gemeinsam nach Lösungen, wie der Fehlbetrag gedeckt werden kann.
- Punkt 5 - Die Stadt Bülach unterstützt das IBBK mit einem jährlichen Beitrag von 20'000 Franken und übernimmt eine Defizitgarantie von jährlich 10'000 Franken.

Während das IBBK 2007 die Defizitgarantie mit 3'800 Franken beanspruchen musste, erwirtschaftete es 2008 bereits einen kleinen Gewinn von 3'700 Franken. Die Projektphase ist erfolgreich verlaufen. Das Angebot wird von der Bevölkerung geschätzt und sehr genutzt.

Teilnehmerzahlen:

Total	975
Bülach	405
Bachenbülach	79
Winkel	65
Höri	15
Hochfelden	23
Andere	388

Durchschnittliche Anzahl Teilnehmende pro Kurs 13,54.

Die Fachkommission II hat das Geschäft eingehend geprüft und empfiehlt dem Gemeinderat mehrheitlich dem Antrag des Stadtrats mit dem Zusatzantrag zu folgen:

„Neues Wirkungsziel D in der Produktegruppe BI-7: Die Bevölkerung von Bülach kann an den Kursen der Volkshochschule zu vergünstigten Konditionen teilnehmen.“

Damit meinen wir nicht, das Defizit sei zu erhöhen, sondern die Kursgelder sind so festzulegen, dass die Einnahmen gleich bleiben. Dies aus folgenden Gründen:

- Wir wollen einen Rabatt für Bülacher, keine Verteuerung für Auswärtige.
- Wir wollen eine Stärkung des attraktiven Wohnorts Bülach.
- Wir wollen Bülachern entgegenkommen. Bülach soll für Bülacher attraktiv sein.“



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

David Weingartner weist auf den im Abschied der RPK begründeten Rückweisungsantrag hin. Die RPK sei der Meinung, dass andere Gemeinden sich auch an den Kosten beteiligen müssen. Man sehe hier die Gefahr eines Präjudizentscheids bei zentralörtlichen Angeboten. Die RPK sei einstimmig der Meinung das Geschäft sei zurückzuweisen.

Stadtrat Max Nievergelt fügt hinzu, der Stadtrat habe sich mit dem Geschäft befasst und sei zum Schluss gekommen, dass er die Volkshochschule mit dem Partner IBBK weiterführen möchte.

Die Volkshochschule stärke den Bildungsstandort Bülach. In diesem Fall solle auch die Zentrumsfunktion Bülachs wahrgenommen werden. Es sei eine Ergänzung der bestehenden Schulen und die Kosten seien verhältnismässig günstig. Die Mehreinnahmen durch den Einbezug Auswärtiger würden ebenfalls den administrativen Aufwand verringern. Auch Werbung ausserhalb Bülachs werde nicht von Bülach, sondern von den jeweiligen Gemeinden übernommen. Die Volkshochschule sei darauf angewiesen, möglichst viele Teilnehmer zu haben, da sonst die Kosten pro Teilnehmer steigen werden.

Ausserdem sei bereits gesagt worden, dass die Defizitgarantie im Startjahr mit 3'800 Franken genutzt wurde, im zweiten Jahr aber bereits kein Defizit mehr resultiert sei, da die Preise der Volkshochschule Bülach erhöht wurden. Ganz wesentlich sei auch, dass es mehrere Volkshochschulen gebe im Kanton Zürich. Keine dieser Schulen habe ein Tarifabstufungssystem. Die einheitlichen Konditionen wünscht man sich, da es nicht um die Stadt Bülach gehe, sondern um die Region Bülach. Ausserdem würden auch über 70 Bülach in der Stadt Zürich an Kursen der Volkshochschule teilnehmen und keinen anderen Tarif bezahlen.

Seit Jahrzehnten sei Bülach eine Zweigstelle der Volkshochschule. Früher unterstützte die Stadt Bülach diese durch einen Betrag und die Übernahme vom Inkasso und der Werbung. Jetzt werde alles noch transparenter aufgezeigt. Max Nievergelt bittet den Gemeinderat, die Zusatzanträge zu überdenken und dem Stadtratsantrag zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Alle Fraktionen sind für Eintreten.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Fraktionserklärungen

Die EVP-Fraktion und Daniela Gehring unterstützen den stadträtlichen Antrag und den Zusatzantrag der Fachkommission II. Ein Rabatt für Bülacher Bürger entspreche dem Leitbild. Als Bildungszentrum dürfe der Bevölkerung von Bülach entgegengekommen werden. Für den Stadtrat bedeute der Verteilschlüssel nicht, dass ein grösseres Defizit abgedeckt werden müsse. Der Verteilschlüssel müsse lediglich anders berechnet werden. Etwa die Hälfte der Kursbesucher sei von Nachbargemeinden oder von noch weiter weg. Wenn Kursteilnehmer sich die Mühe nehmen nach Bülach zu kommen, dann könne auch ein kleiner Mehrbetrag bei den Kurskosten in Kauf genommen werden. Bei der Bibliothek werde diese Abstufung ebenfalls durchgesetzt. Heute habe man sich an die verschiedenen Tarife gewöhnt und die Besucherzahlen seien gestiegen.

Johanna Wirth Calvo erklärt, die Grüne-Fraktion unterstütze die Beiträge an die Volkshochschule. Diese biete ein gutes Angebot zu erschwinglichen Preisen. Es sei eine Ehre, wenn Leute von auswärts zu nach Bülach kommen, um an Kursen teilnehmen. Es sei ja grundsätzlich auch nicht so, dass Bülacher, welche Kurse an der Uni Zürich besuchen, einen Zusatzpreis bezahlen müssen. Eine kreative Idee wäre, wenn eine Preisverleihung gesprochen werden könnte. Zum Beispiel könne man sich überlegen, eine Reduktion auf den elften besuchten Kurs zu gewähren. Die Grünen glauben, dass die Zusammenarbeit mit der IBBK eine gute Lösung ist. Wenn jetzt seitens der Stadt geknausert werde, sei es auch für die IBBK auch nicht mehr möglich, ein so grossartiges Angebot anzubieten. Die Grüne-Fraktion stimmt deshalb dem Antrag des Stadtrats zu und lehnt den Antrag der RPK ab.

Manuel Hüsser sagt, die RPK strebe an, dass die Bülacher keine höheren Gebühren zahlen müssen. Die Fachkommission II verlange vergünstigte Angebote für Bülacher. Die SP-Fraktion lehne beide Anträge ab.

Es sei berechtigt, dass die Stadt Bülach dieses Angebot fördere. Die Volkshochschule des Kantons Zürich sei eine Stiftung. Diese biete Kurse an im ganzen Kanton durch verschiedene Trägerschaften an. Nirgends im Kanton Zürich gebe es abgestufte Preise. Die Stadt Bülach erhebe den Anspruch, eine Bildungsstadt zu sein. Es sei kleinkariert und unverhältnismässig bei maximal 20'000 Franken verschiedene Tarife vorzusehen. Der Stadtratsantrag werde unterstützt.

Laut Manuela Meier unterstützt die SVP-Fraktion mehrheitlich den Antrag des Stadtrats und den Zusatzantrag der Fachkommission II.

Die FDP-Fraktion unterstützt gemäss Jürg Rothenberger den Rückweisungsantrag der RPK. Es handle sich um eine Finanzierungsvorlage. Die Stadt Bülach habe bisher die Finanzierung getra-



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

gen. Die zukünftig wahrscheinlich geringeren Einnahmen und weniger Subventionen des Kantons führen zu einer Erhöhung der Subvention der Stadt Bülach. Die finanzielle Mitbeteiligung der zentralörtlichen Leistungen sei in den Grundsatzbeschlüssen enthalten. Nun soll ein Zeichen gesetzt werden, weshalb der Stadtrat das Geschäft nochmals zurücknehmen und andere Möglichkeiten der Finanzierung aufzeigen soll. Es gehe nicht darum kein Geld zu sprechen, sondern neue Vorschläge des Stadtrats zu erhalten.

Abstimmung zum Rückweisungsantrag

Der Rückweisungsantrag der RPK wird mit 9 Ja- : 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Detailberatung

Fritz Münger erwähnt, Bülach bezeichne sich als Bildungsstandort Bülach. Heute rede man über die Volkshochschule der Region Bülach. Diese sei nicht mit dem Freibad oder der Sauna zu vergleichen, wo die Tarife für Auswärtige höher angesetzt werden, als für Bülacher. Die Volkshochschule habe einen Umkreis, welcher abgedeckt werde. Er fände es nicht gut, wenn ein Präjudiz geschaffen würde und wenn Bülach als einziger Standort ein Sonderzug fahren würde.

Johanna Wirth Calvo fügt hinzu, in den Schulhäusern in Höri und Bachenbülach fänden Kurse der Volkshochschule statt. Es sei nicht so, dass die Kreisgemeinden keine Leistungen erbringen. Die Kosten der Kurslokale und Werbung würden von den Gemeinden übernommen.

Abstimmungen

Dem Zusatzantrag der Fachkommission II betreffend das neue Wirkungsziel D in der Produktgruppe BI-7 wird mit 14 Ja- : 10 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

In der Schlussabstimmung wird dem stadträtlichen Antrag mit 17 Ja- : 4 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen zugestimmt.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Der Gemeinderat **beschliesst**:

1. Für den Betrieb der Volkshochschule Region Bülach wird ein Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend 30'000 Franken genehmigt, bestehend aus
 - einem Betriebsbeitrag von 20'000 Franken und
 - einer Defizitgarantie von max. 10'000 Franken
2. Fallen die Subventionen der Volkshochschule des Kantons Zürich im Umfang von rund 15 % der Kursgeldeinnahmen weg, wird der Stadtrat ermächtigt, diesen Fehlbetrag – sofern sich nachweislich keine andere Finanzierung finden lässt - teilweise oder ganz bis max. 15'000 Franken pro Jahr auszugleichen.
3. Der Stadtrat schliesst mit der Trägerschaft eine Leistungsvereinbarung ab.
4. Als neues Wirkungsziel D in der Produktegruppe BI-7 wird folgendes definiert: Die Bevölkerung von Bülach kann an den Kursen der Volkshochschule zu vergünstigten Konditionen teilnehmen.
5. Der Beschluss unterliegt gestützt auf Art. 10 der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.
6. Mitteilung an den Stadtrat

Traktandum 9

Information Stadtrat Max Nievergelt betr. Errichtung des Schulhauspavillons in der Schulanlage Schwerzgrueb

Stadtrat Max Nievergelt sagt, diesen Winter sei der Kredit von 640'000 Franken für die Errichtung des Schulhauspavillons in der Schulanlage Schwerzgrueb gesprochen worden. Die Detailarbeit sei daraufhin aufgenommen worden. Die Liegenschaftenabteilung sei aber zeitmässig nicht im Stande gewesen, diese Arbeit zu verrichten und zog einen Architekten bei. Im Mai 2009 wurde die Submission gemacht. Dabei stellte sich heraus, dass das Projekt 990'000 Franken kostet. Das Submissionsergebnis zeigte, dass drei Bewerber in einer ähnlichen Preisklasse lagen, ein Angebot war noch teurer. Der Schulraum werde nach den Sommerferien zwingend gebraucht, weshalb der Pavillon auf Schulbeginn stehen muss.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Der Stadtrat habe sich überlegt, ob er dem Gemeinderat einen Zusatzkredit beantragen wolle. Dies wäre aber frühestens nach den Sommerferien möglich gewesen. Folglich hätte ein Provisorium erstellt werden müssen, was mit Mehrkosten verbunden gewesen wäre. Die zweite Option war, das Geschäft zurückzuziehen. Die dritte Variante war, mit dem Projekt zu beginnen und alles weiterlaufen zu lassen. Für den Stadtrat kam der Zusatzantrag oder die Variante drei in Frage. Stadtrat Max Nievergelt entschied sich für Variante drei und informierte unverzüglich die Fachkommission II und die RPK. Um den gesamten Gemeinderat zu informieren, hat es nicht mehr gereicht.

Freude herrschte in den beiden Kommissionen nicht über den Bescheid des Schulpräsidenten. Dieser fand es aber fairer und anständiger, als erst bei der Abrechnung aufzuzeigen, dass 50% Mehrkosten entstanden sind. Nach den Besprechungen mit der Fachkommission II und der RPK wurde der Terminplan abgeklärt. Nun ist es gesichert, dass der Pavillon am 12. August 2009 fristgerecht in der letzten Schulferienwoche bezogen werden kann.

Die Hauptgründe für die Verteuerung sind folgende:

- Im Vorprojekt wurde die Gewässerabstandslinie nicht eingehalten. Die neue Form (grösseres Volumen) und Anbaumöglichkeit für einen weiteren Anbau machte es teurer.
- Zuzug der Architektengruppe
- Die MWSt wurde versehentlich im Pavillonbau nicht berücksichtigt.
- Bauteuerung seit Richtofferte vor einem Jahr
- Die schlechte Marktsituation durch die sehr kurzen Liefertermine. Dies wird jedoch kompensiert durch Mietersparnis.
- Innenausbau war teurer

Traktandum 10

Fragen an Stadtrat und Kommissionen

Stefan Schnegg fragt den Stadtrat an, weshalb amtliche Nachrichten aus Tageszeitungen nicht auch im Internet publik gemacht würden und ob die Möglichkeit bestehe, dem Bürger den Zugang zu ermöglichen.

Stadtpräsident Walter Bosshard dankt für den guten Hinweis. Die Homepage sei sich am entwickeln und würde laufend erweitert. Die Medienmitteilungen seien bereits heute unter „Bülach aktuell“ chronologisch aufgeführt. Weitere amtliche Publikationen seien bisher in den jeweiligen



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Abteilungen aufgeschaltet. Die Schaffung eines Pools werde geprüft, allenfalls werde man mit diese mit Verlinkungen zusammenführen.

Stadtrat Mark Eberli informiert, er beantworte die Fragen von Milos Alincic aus der letzten Sitzung auf die nächste Sitzung.

Milos Alincic fragt zum geplanten Pavillon der Oberstufenschule, weshalb dieser gemäss Auflagen der Stadt nur gemietet und nicht gekauft werden dürfe. Er möchte wissen, auf welche rechtliche Grundlage sich diese Auflage abstütze.

Stadtrat Hanspeter Lienhart beantwortet die Frage nach den Sommerferien.

Traktandum 11

Verschiedenes

Stadtrat Jürg Hintermeister macht auf das Fussball-Miniturnier vom 21. August 2009 aufmerksam. Vier Mannschaften werden in zwei Spielen den Sieger ausmachen. Anmeldungen nimmt Denise Meyer gerne entgegen.

Stadtpräsident Walter Bosshard informiert über das Geschäft Landverkauf Santoli, welches von der RPK momentan geprüft wird.

Wie ihm zu Ohren gekommen sei, sei diesbezüglich ein Brief an alle Gemeinderäte verschickt worden. Es stimme, dass am 18. Mai ein Angebot einer Firma einging, welche 100'000 Franken mehr bot. Auf das Angebot habe man aber nicht eingehen können, weil die Verträge bereits notariell beglaubigt seien. Rechtskräftig werde der Verkauf durch die Genehmigung durch den Gemeinderat. Der Vertrag sei verbindlich, ausser der Gemeinderat würde den Verkauf ablehnen. Dann aber müsste überlegt werden, ob die Erschliessung dieser Parzelle seitens der Stadt vorgenommen werden soll.

Weiter erklärt er den zeitlichen Ablauf des Schriftenwechsels, welcher vor zehn Tagen auch dem Büro des Gemeinderats und der RPK zugestellt wurde.



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Informationen der Vorsitzenden

Datenbekanntgabe

Ratsherrenschieszen in Rafz	13. Juli 2009
Fussball Miniturnier	21. August 2009
Gemeinderatsreise	5. September 2009
Sponsorenlauf Stiftung Grampen	19. September 2009

Rechtskraft von Gemeinderatsbeschlüssen

Die Beschlüsse aus der Sitzung vom 25. Mai 2009 sind mit Ausnahme des Beschlusses betr. „Kinderbetreuungsplätze, Schaffung einer Babygruppe“ rechtskräftig geworden.

Gegen den Beschluss der Babygruppe wurde das Behördenreferendum ergriffen. Die Urnenabstimmung wurde vom Stadtrat auf den 29. November 2009 angeordnet.

Rechtsbelehrung

Die *Vorsitzende* verweist auf § 151 des Gemeindegesetzes. Auf ihre ausdrückliche Frage betreffend die Geschäftsführung werden keine Einwände erhoben.

Bülach, 13. Juli 2009

Für die Richtigkeit:

Denise Meyer, Ratssekretärin

Geprüft:

Esther Caviola
Gemeinderatspräsidentin

Andrea Spycher
1. Vizepräsidentin



Protokoll

Behörde Gemeinderat

Beschluss-Nr. 29. Juni 2009
Sitzung vom

Nadine Calislar-Bangerter
2. Vizepräsidentin

Geht an:

- Mitglieder des Gemeinderats
- Mitglieder des Stadtrats
- Stadtschreiber
- Stadtschreiber-Stv.
- Ratssekretärin
- Protokollsammlung